



Kirche muss Politik

Angelehnt an den Artikel "**Kirche kann Innovation**" von Mag. Ruth Madl in Denken+Glauben (Nr. 184, S 18f) und verknüpft mit dem im Bild erwähnten Wort von Papst Franziskus, an das Bischofsvikar Heinrich Schnuderl erinnerte, **müssen** wir uns als Christinnen und Christen politisch engagieren, um uns so für das Gemeinwohl einzusetzen.

„Der Einsatz für das Gemeinwohl ist ein Muss für uns Christen.“ Damit zitierte Bischofsvikar Dompfarrer Heinrich Schnuderl in seiner Laudatio Papst Franziskus, der in einer Ansprache an Jugendliche aufgerufen hatte: „Wir müssen uns in die Politik einmischen, denn die Politik ist eine der höchsten Formen des Nächstenliebe, denn sie sucht das Gemeinwohl.“ Leider, so Schnuderl, habe

Quelle: Sonntagsblatt, 2017-05-14, S 10



Verleihung des Päpstlichen Gregorius-Ritterordens an den Landeshauptmann der Steiermark am 5. Mai im Refektorium des Grazer Priesterseminars. Im Bild von links Laudator Bischofsvikar Heinrich Schnuderl, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, seine Gattin Marianne Schützenhöfer und Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl.

Foto: Völkner

Um soziale Randgruppen über das NOTwendige caritative Engagement hinaus auch politisch und damit **präventiv** zu unterstützen, bedarf es auch struktureller Verbesserungen auf der Ebene der Gesetze. So heißt es in der COMECE-Erklärung vom 12.12.2016 „Verschafft Recht den Unterdrückten“ (Psalm 82,3):

"Aus Sicht der Katholischen Soziallehre ist Armut zumeist Ergebnis von strukturellen Barrieren, die Menschen in ihren Möglichkeiten begrenzen und sie somit in ihrer persönlichen Entwicklung und Freiheit, in Würde zu leben, einschränken."

Unser Ziel im **Handeln** sollte sein, durch "äußere gerechte Zustände" bei den von Armut betroffenen Menschen eine "innere Bekehrung zum Guten" zu unterstützen (vgl. Peter Schallenberg in Zivilökonomie).

Um dies zu erreichen, werden wir als Mitte der Gesellschaft aufstehen und uns darum bemühen, soziale Randgruppen politisch zu stärken; nicht zuletzt auch deshalb, weil sie unsere **Stützmauern** sein können, wenn es darum geht, ein Abrutschen ins soziale Abseits zu verhindern.

Aus Sicht der Katholischen Soziallehre ist Armut zumeist Ergebnis von strukturellen Barrieren, die Menschen in ihren Möglichkeiten begrenzen und sie somit in ihrer persönlichen Entwicklung und Freiheit, in Würde zu leben, einschränken. Sie zeigt sich in vielfältiger Weise und lässt sich nicht allein auf einen Mangel an finanziellen Mitteln reduzieren, sondern bezieht sich auf alle Aspekte des Lebens, die persönliche Entwicklung hemmen. Dies schließt einen unzureichenden Zugang zu Bildung, Sozialdienstleistungen und Energie, aber auch die Folgen der Umweltzerstörung mit ein.

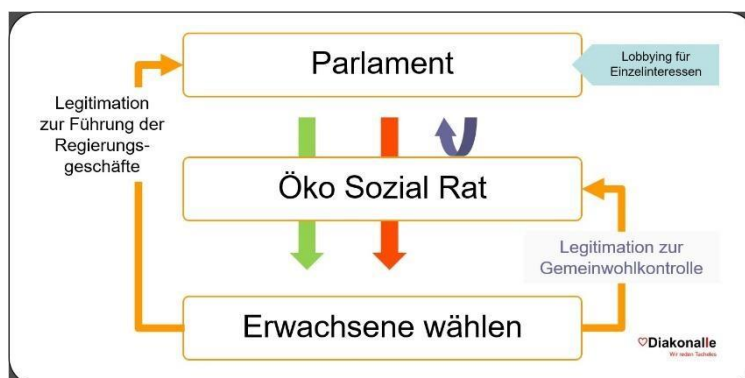
aus: COMECE-Erklärung vom 12.12.2016 "Verschafft Recht den Unterdrückten" (Psalm 82,3)

... es geht um einen Ausgleich (2Kor 8,13)

durch Mut zur Eigeninitiative

Um den verschiedenen Formen struktureller Ausgrenzung wirksam begegnen zu können, bedarf es in einem demokratischen Staatswesen einer lebendigen Kraft aus der Mitte der Gesellschaft. In ihr spiegelt sich "eine Vielfalt und eine Verschiedenheit, die der Einheit nicht nur nicht im Wege stehen, sondern ihr im Gegenteil den Charakter der 'Communio' verleihen" (Communio notio 15).

Wie die europäischen Bischöfe in ihrer COMECE-Erklärung vom 12.12.2016 die EU auffordern, "ihren Dialog mit allen relevanten Akteuren zu verstärken", ebenso sehr sind wir im Rahmen der Diakonie auf nationaler Ebene aufgefordert, den Interessenausgleich zwischen verschiedenen Anspruchsgruppen zu suchen und strukturell zu manifestieren. Ohne diese Bemühungen blieben viele weiterhin arm!



Aus der **Mitte der Gesellschaft** empfohlene und gewürdigte Menschen aus Politik, Wirtschaft, Kunst & Kultur oder sozialen Diensten können die mit dem Interessenausgleich verbundenen **Aufgaben** zB im Rahmen eines **ÖkoSozialRates** leisten und

so die erforderlichen Brückenfunktionen erfüllen. Diese bestehen zuerst darin, **Themen der Ausgegrenzten & Randgruppen** in den Vordergrund zu rücken, ganz nach dem Motto des schwächsten Gliedes, an dem die Kette, sprich: Gesellschaft zu brechen droht. Denkbar ist auch ein Meinungs austausch mit parteipolitischen Interessenvertreter*innen im Sinne von Town-Hall-Meetings. Dies erfordert unser Engagement für die Wahl unserer Vertreter*innen in den ÖkoSozialRat, denn die Verantwortung für die Gestaltung eines friedlichen Miteinander beginnt bei uns.

"... erst eine innere Bekehrung verwandelt die äußeren Umstände, aber zugleich stützen und ermöglichen äußere gerechte Zustände eine innere Bekehrung des Menschen zum Guten, der ohne äußere Gerechtigkeit der inneren Lieblosigkeit zum Opfer fiele." *Peter Schallenberg, in: Zivilökonomie, 2013, S 23*



Wir bauen mit.auf

Ungeregelte Märkte verteilen nach dem Prinzip des Stärkeren. Dass dies zu sozialen Ungleichgewichten führt und letzten Endes den Frieden zwischen den Teilnehmenden gefährdet sei unbestritten. Trotz der vielen Organisationen, die sich um einen Ausgleich verschiedener Interessen bemühen, eröffnen sich hinsichtlich einer **FAIRteilung** der erwirtschafteten Früchte fortwährend Handlungsfelder aufgrund fehlender **Gegenmacht**. Die Frage, die sich viele zB auch im Rahmen ihrer Arbeit als Mitglied eines Pfarrgemeinderates stellen, lautet:

Was können **WIR** tun?

Gehen wir davon aus, dass Ungleichheit und Armut Gesundheit beeinträchtigen und Leben verkürzen kann, dann sind wir im Rahmen der Diakonie wie Pastoralassistent*innen aufgerufen, uns für Randgruppen sozialpolitisch zu engagieren: **konkret vor Ort** oder **präventiv als politische Gegenmacht**.

Irgendwo dazwischen liegt die oft vorgebrachte Forderung zur Förderung von Bildungschancen. Diese Aufgabe wird durch das AMS zum Teil abgedeckt. Doch die gesetzlichen Vorschriften (AMSG § 29) gehen darüber hinaus:

(1) ... [Details siehe Webseite] (2) Das Arbeitsmarktservice hat zur Erreichung dieses Zieles im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Leistungen zu erbringen, die darauf gerichtet sind, ...

1. ... 4. **quantitative** oder qualitative **Ungleichgewichte** zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage zu **verringern**.

Weil auch andere Entscheidungsträger davon ausgehen, dass der quantitative Aspekt der Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt vorwiegend mit ausgabenorientierter Konjunkturpolitik bewerkstelligt werden kann, bleibt diese gesetzliche Bestimmung den **MARKTkräften** überlassen, denn: Konjunkturpolitik ist in einer offenen Wirtschaft eher selten in ausreichendem Maße (siehe Multiplikatoreffekt) zielführend.

FAIRteilung ist allerdings **jederzeit und überall** möglich und **NOTwendig!**

Womit wir bei der sozialpolitischen Gestaltung durch die erwähnte *Gegenmacht* sind, denn die **MACHTverhältnisse** auf den Arbeitsmärkten produzieren Erwerbslose und prekär Beschäftigte und missachten so systematisch Schutzrechte gegen Armut und soziale Ausgrenzung inklusive Diskriminierung in der Form des Gender Pay Gap. Sir Anthony B. Atkinson formulierte dies so:

„In erheblichem Maße erwächst das Marktergebnis gegenwärtig aus der Verhandlungsmacht der verschiedenen Teilnehmer. Wenn Menschen auf Null-Stunden-Verträge ohne Lohngarantie eingehen, so deshalb, weil sie auf dem Arbeitsmarkt machtlos sind. Wie erwähnt, müssen wir Vorkehrungen treffen, um ein gerechtes Machtgleichgewicht zwischen den Parteien solcher Verhandlungen herzustellen – mit anderen Worten, wir müssen die **Gegenmacht** der Verbraucher und Arbeitnehmer stärken.“ (Ungleichheit, S 191)

Am sinnvollsten wird es sein, wenn Betroffene und ihre Fürsprecher (Beistände) sich organisieren und einander stärken. Ein **ÖkoSozialRat** als Ergebnis überregionaler Kooperation von **SommerSonnen** könnte diesbezüglich wesentliche Beiträge leisten.

Gemeinwohlcontrolling von Gesetzen



Birger Priddat zufolge sollte „jedes Gesetz, nachdem es formuliert ist“, von Fachleuten einer „neutralen Instanz nochmal begutachtet werden, wieweit es dem Allgemeinwohl dient.“

In dem 2006 veröffentlichten ›Gemeinsamen Wort‹ des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur Zukunft des demokratischen Gemeinwesens in Deutschland, »Demokratie braucht Tugenden«, heißt es:

»Für die Kirchen gehört es zu ihrer politisch-diakonischen Verantwortung und ihrem seelsorgerlichen Auftrag, die politische Gemeinschaft zur Wahrnehmung von Verantwortung in der Demokratie aufzurufen und zu ermutigen. Es ist Teil ihres Verkündigungsauftrags, wenn sie die Bürgerinnen und Bürger auf das Gebot der Nächstenliebe als Grundlage der politischen Tugend des aktiven Eintretens für die Belange der einzelnen Menschen wie des Gemeinwohls verweisen.«¹⁴

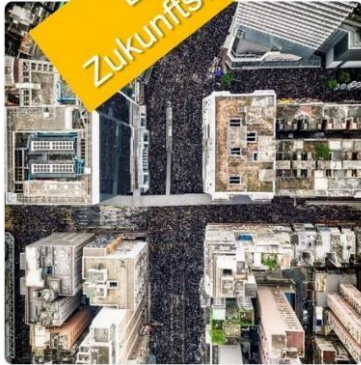
Das ›Gemeinsame Wort‹ spricht damit die wesentliche Aufgabe an, die die Kirchen im Gesamtzusammenhang der Gesellschaft besitzen: die aktive Beteiligung am zivilgesellschaftlichen Wertediskurs und die (mit anderen geteilte) Verantwortung für das Gemeinwohl. Diese Verantwortung leiten die Kirchen nicht aus ihrem vermeintlich volkikirchlichen Charakter ab, sie ergibt sich aus dem grundlegend sozialen Charakter des christlichen Gedankens. Da die Prinzipien der Sorge und der Gerechtigkeit mit anderen Prinzipien anderer Institutionen und Systeme konkurrieren, die nicht unter das Kriterium der Menschendienlichkeit fallen, müssen die Kirchen ihrer eigenen Tradition gegenüber Verantwortung übernehmen und sich für eine Gesellschaft einsetzen, die Menschen, im besten Sinne des Wortes, zusammen leben lässt. Die Konkretisierung der Verantwortung hat es dabei immer mit den beiden Aspekten des Wohls des einzelnen Menschen einerseits wie des Gesamtwohls andererseits zu tun.

Quelle: Kristin Merle, *Alltagsrelevanz - Zur Frage nach dem Sinn in der Seelsorge*, hrsg. von E. Hauschildt et al. in der Reihe *Arbeiten zur Pastoraltheologie, Liturgik und Hymnologie*, Bd. 65, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2011, S 276 - ISBN: 978-3-525-62413-5

Ein [weiterer Auszug daraus](#): „Die Entfaltung demokratischer Tugenden ist eine notwendige Bedingung dafür, Demokratie zu erhalten und lebendig zu halten. Eine andere notwendige Bedingung für eine gute Zukunft des demokratischen Gemeinwesens ist das Vorhandensein belastbarer und leistungsfähiger Institutionen.“

Hinweis: Abseits der mit anderen geteilten Verantwortung für das Gemeinwohl „brennen Länder“, wie beispielsweise [Chile](#) im Jahr 2019.

Nearly 2 million Hongkongers joined today's #616protest, a record in Hong Kong's history. CE Carrie Lam's response is merely "I'm sorry" and she has to apologise all the time. She can't. Don't think protesters are off easily.



Deshalb Zukunftswerkstatt

Sollen wir auf weitere „Unfälle“ **warten** oder **handeln**, um die Verteidigung der Gemeinwohlinteressen zu institutionalisieren?

Diakonalle
Wir reden Tacheles

Die zunehmende Individualisierung bedeutet für die Gesellschaften oft genug eben auch zunehmende Konkurrenz, Entsolidarisierung und sozialen Stress – und der macht auch vor den Kindheiten nicht halt. (S 150) Welches Wirtschaftssystem auch immer wir ausprobiert haben – Feudalismus, Monarchie, Autokratie, Kommunismus, Demokratie –, nach einer Weile stehen wir doch wieder in den alten, „strengen“ Verhältnissen da. (S 151) Die Globalisierung hätte ja durchaus mit einem stark geregelten, sozial eingebundenen Kapitalismus gestaltet werden können ... Oder nach einem vielleicht noch deutlicher am **Gemeinwohl*** orientierten Modell, ... (S 153) Warum konzentriert sich der Hang zum Autoritarismus so hartnäckig auf das weite Land – je weiter, desto hartnäckiger? (S 160) Autoritäre Erziehungsmuster gehören dazu. Und die sorgen dann ihrerseits dafür, dass in diesem kulturellen Museum die Zeit langsamer läuft als in der Stadt. (S 161)

Herbert Renz-Polster

*] Hervorhebung von A.N.

in: Erziehung prägt Gesinnung, München: Kösel, 2019

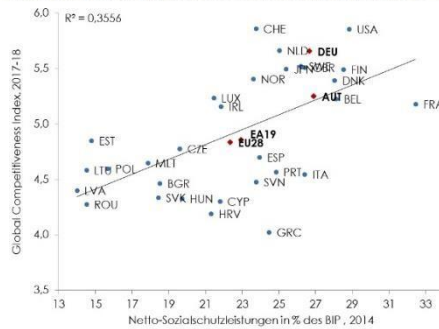
DER SOZIALSTAAT STÜTZT DIE MITTE



- **Länder mit hohen Sozialstandards performen besser:** Sämtliche wirtschaftlichen Indikatoren (Beschäftigung – insbesondere Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum, Armutsgefährdung, Staatsfinanzen) zeigen, dass die skandinavischen und kontinentaleuropäischen Länder die besten Ergebnisse vorweisen.

Abb1,2,3: Länder mit starkem Sozialstaat sind wettbewerbsfähig, weisen hohe Arbeitsproduktivität und ein hohes Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf²

Abb.1: Zusammenhang der Netto-Sozialzuschleistungen und der Wettbewerbsfähigkeit



² WIFO (2018): Sozialstaat und Standortqualität.

Quelle: https://www.armutskonferenz.at/images/uploads/soziales_netz_schuetzt_die_mitte.pdf, Seiten 2f

Abb.2: Zusammenhang der Netto-Sozialzuschleistungen und der Arbeitsproduktivität

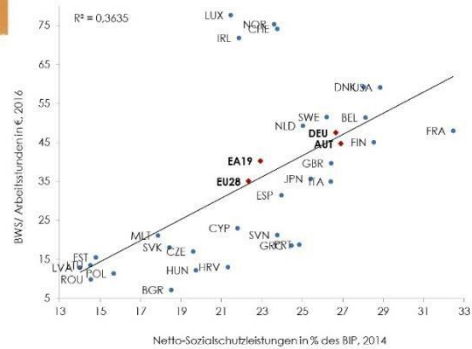
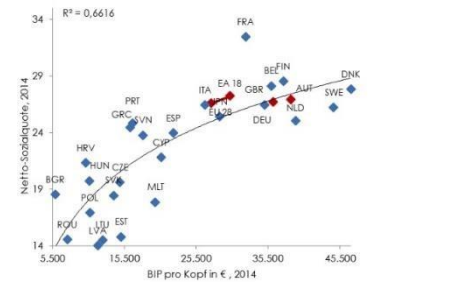


Abb.3: Zusammenhang der Netto-Sozialquote und des BIP pro Kopf in €



Den Einzelnen fehlt der Überblick über die Wirkungen ihres Handelns im Gesamtgefüge und es fehlt eine Instanz, die dafür sorgt, dass die Interessen von Natur und Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigt werden. Diese Instanz kann aber in einer Demokratie nur durch die Bürger bereitgestellt werden.

Olaf-Axel Burow
in seinem Beitrag "Zukunftskonferenz. Anspruch, Wirklichkeit und Perspektivent", erschienen in "Politische Beteiligung", hrsg. von Norbert Kersting, Wiesbaden: Springer VS, 1. Aufl., 2008, S. 186

